

# Beschlussvorlage



Kreis  
Bergstraße

**Vorlage Nr.:** 17-1196/2  
erstellt am: 28.03.2014

Abteilung: ÖPNV  
Verfasser/in: Öffentlicher Personennahverkehr  
Aktenzeichen: L-3/1 - 773.020

## **Fusion von RMV und VRN**

**- Antrag der FDP-Fraktion vom 17.02.2014, Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2014, Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und GRÜNE vom 10.03.2014 und Beschlussvorschlag der Verwaltung**

### **Beratungsfolge:**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Status</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur	08.04.2014	Ö	Abschließende Beschlussfassung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur des Kreistages des Kreises Bergstraße begrüßt den in Kooperation beider Verbände VRN und RMV bislang erreichten Status Quo im Schienenpersonennahverkehr auf den Strecken im Kreisgebiet und den Verbundgebieten.

Die Verwaltungsspitze wird beauftragt, mit den Verkehrsministerien der betroffenen Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz Kontakt zu suchen, um in Verhandlungen eine weitere Harmonisierung der Tarifstrukturen für die Wirtschaftsregion Rhein-Main-Neckar herbeiführen zu können.

Perspektivisch soll das Ziel angestrebt werden, eine Fusion beider Verbände für den Rhein-Main-Neckar Raum zu erreichen.

### **Erläuterungen:**

Der Kreistag des Kreises Bergstraße hat nach Beratung den Antrag der FDP-Fraktion vom 17.02.2014 betreffend Fusion von RMV und VRN (Vorlage 17-1196), den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2014 (Vorlage: 17-1196/1) und den Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.03.2014 (vgl. Anlage), zur weiteren Beratung und abschließenden Beschlussfassung an den Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur verwiesen.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war nicht im Kreistag verteilt, sondern wurde im Hinblick auf die Verweisung der Anträge an den Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur der Verwaltung übergeben.

In Zeiten fortschreitender Globalisierung und damit einem immer engeren Zusammenwachsen der Wirtschaftsregionen Rhein-Neckar und Rhein-Main erscheint es wichtig, Forderungen gegenüber den beteiligten Landesregierungen von Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz für deren Verantwortung für ein "ÖPNV-System ohne Grenzen" zu definieren.

Handlungsbedarf besteht, um die Schnittstellen zwischen beiden Verbänden noch durchlässiger und transparenter und damit für die Nutzer noch kundenfreundlicher zu machen. Dazu zählt aus Sicht des Kreises Bergstraße zunächst die Ausweitung des Übergangstarifes VRN/RMV auf den gesamten Wirtschaftsraum Rhein-Neckar und Rhein-Main. Dies dürfte nach Verständnis des Kreistages auch durch die betreffenden Wirtschaftsverbände der jeweiligen Metropolregionen Unterstützung finden.

Insbesondere werden aber die Verkehrsministerien der beteiligten Bundesländer in die Pflicht zu nehmen sein.

**Anlage:**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.03.2014